

Die neue EU-Kommission hat angekündigt, die EU in wirtschaftlicher Hinsicht weiterzuentwickeln und gegen die Arbeitslosigkeit in Europa vorzugehen. Ein wichtiger Baustein dabei ist die Verwirklichung der so genannten Lissabon-Ziele, die vorsahen, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Diesen Zeitplan kann sie nicht mehr einhalten, aber das grundsätzliche Ziel wird weiter verfolgt. Zur Erreichung dieses Ziels ist vor allem die Verbesserung der Angebotsbedingungen in Europa wichtig, und daher soll durch weitere Integration und Liberalisierung der europäischen Märkte Dynamik entstehen, die zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Das hört sich gut an und ist begrüßenswert.

Nur leider wird es dazu wohl nicht kommen. Nicht weil die Kommission dieses Ziel aufgegeben hätte, sondern weil sich große Mitgliedsländer dagegen sträuben. Natürlich hat niemand etwas gegen Dynamik und Arbeitsplätze, aber der von der Kommission vorgeschlagene Weg wird vor allem von den Regierungen in Frankreich und Deutschland abgelehnt. Die von der Kommission vorgelegte Dienstleistungsrichtlinie sieht als wichtigsten Bestandteil vor, dass beim Angebot von Dienstleistungen innerhalb der EU in Zukunft das Herkunftslandsprinzip gilt. Wer also künftig als Architekt oder Bauarbeiter in Deutschland arbeiten wollte, könnte dies zu den in seinem Heimatland geltenden Regeln tun. Ausnahmen sind für nur wenige Bereiche wie den Gesundheitssektor vorgesehen.

Deutschland und Frankreich aber sehen darin die Gefahr, dass Billiganbieter von Dienstleistungen die Märkte überschwemmen und das heimische Lohnniveau drücken würden. Können heimische Dienstleister dies Preisniveau nicht hal-



Carsten Hefeker

Dienstleistungsfreiheit und Europäische Wettbewerbsfähigkeit

ten, verlieren sie Marktanteile und die Arbeitslosigkeit geht weiter in die Höhe, so die Vorstellung in Paris und Berlin. Dies ist angesichts von mehr als 5 Mio. Arbeitslosen in Deutschland und bevorstehenden Landtagswahlen nach Meinung der Regierung der deutschen Bevölkerung nicht zumutbar und nicht vermittelbar. Die französische Regierung sieht dies offenbar ähnlich. Vielleicht aber sieht sie sich auch nur verpflichtet, den deutschen Freunden zur Seite zu stehen. Denn mittlerweile haben sich die beiden einstigen Motoren der Europäischen Integration zu den größten Bremsblöcken entwickelt. Blockierten sie bislang die Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, haben sie sich jetzt anscheinend vorgenommen, gemeinsam den Lissabon-Prozess zu beenden.

Dabei würde die Dienstleistungsrichtlinie gerade auch in Deutschland auf mittlere bis längere Frist positive Effekte haben. Der in weiten Teilen überregulierte Sektor könnte eine erhebliche Dosis mehr Wettbewerb vertragen. Günstigere Anbieter aus anderen Regionen der EU würden insgesamt eher die Nachfrage nach Dienstleistungen

erhöhen, was auch den heimischen Anbietern zugute käme. Der größte Freund der Dienstleistungsrichtlinie aber sollte Minister Eichel sein, denn niedrige Preise für Dienstleistungen würden die Schwarzarbeit weiter reduzieren. Haben die bisherigen Arbeitsmarktformen erstmals seit langem den Anteil der Schwarzarbeit am Bruttosozialprodukt wieder von 17 auf 15% sinken lassen, würde die Liberalisierung der Dienstleistungen ihn weiter reduzieren. Gerade im Bausektor, der Gastronomie und dem Reparaturgewerbe sind die Anteile, die inoffiziell erwirtschaftet werden, enorm. Diese Aktivitäten aus der Illegalität herauszuholen wäre vor allem für die öffentlichen Einnahmen und die Sozialkassen von Vorteil. Indem man hingegen die Preise für gewisse Dienstleistungen künstlich durch Marktabschottungen und Regulierungen hochhält, kann man sicherlich keine Arbeitsplätze schaffen – zumindest keine offiziellen.

In Deutschland scheinen jedoch weite Kreise weiter davon auszugehen, dass die zur Verfügung stehende Arbeit begrenzt ist und es die Aufgabe der Politik und der Tarifpartner sei, diese gerecht zu verteilen. Dabei belegen Erfahrungen in anderen Ländern, dass dies nicht der Fall ist. Die dynamischsten der hochentwickelten Volkswirtschaften sind jene, die vor allem auf den Dienstleistungssektor setzen und die Beschäftigung insgesamt ausweiten, statt Arbeit zu rationieren. Die Entwicklung des Dienstleistungssektors setzt Wettbewerb voraus, der durch die von der Kommission vorgelegte Richtlinie deutlich angefacht worden wäre. Leider aber scheint sich das Land, das Wachstum und Dynamik am ehesten benötigen würde, gegen eine wachstumsorientierte Politik entschieden zu haben. Die Konsequenzen sind absehbar, und sie sind nicht angenehm.